

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

I/1994

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Dieter Kinkelbur, Stefan Kliesch

Friedensarbeit zwischen Spontaneität und Verwissenschaftlichung oder: Ein Plädoyer für die Komplementarität und Synergie von lokaler und kommunaler Friedensarbeit¹

»Zerstörung war bislang in Einzelprobleme zerlegt: ein Staudamm, ein Wald, ein Berggebiet. Aber jetzt, mit der weltweiten ökonomischen und technologischen Integration gehen wir auf eine *integrierte Zerstörung* zu. Daher ist jetzt auch die integrierte Antwortstrategie die einzig wirksame Arbeitsgrundlage.«²

Heutige Friedensarbeit mit ihren Erfahrungen und Möglichkeiten sowie ihrem Wissen um die eigenen Grenzen steht eher am Rande der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Machen Sie die Probe aufs Exempel und suchen Sie ein Kapitel oder das Stichwort »Friedensarbeit« in einem städtischen Jahresbericht oder einem neueren politikwissenschaftlichen Einführungs- und Studienbuch zur Kommunalpolitik³. Welche Analysen und Überlegungen finden sich dort, »Gewalt in der Stadt«⁴ aufzudecken und Perspektiven eines gewaltärmeren Zusammenlebens zu erschließen? Bleibt sogar die Aufgabenstellung, friedliche Sozialbeziehungen zwischen den Menschen und gegenüber der Natur zu fördern, einem kommunalen Verwaltungshandeln in einer zutiefst heterogenen und konfliktträchtigen Weltgemeinschaft äußerliche und für das eigene Handeln in dieser sozialen Organisation ferne Zwecksetzung?

Wir vertreten hier im folgenden die Auffassung, daß es für jede demokratische Selbstverwaltungsinstitution von Bürgerinnen und Bürgern eine beständige Aufgabe und gewiß auch eine vornehme Pflicht ist, für den Frieden zu sorgen. Die vielgestaltige Arbeit am umfassenden Frieden ist schon längst nicht mehr und war noch nie auf den Bereich der großen, als undurchschaubar erfahrenen Weltpolitik einzuschränken. Sicherlich fallen einerseits auf den internationalen Ebenen und Bühnen des Welttheaters wichtige Entscheidungen über Krieg und Frieden⁵, dennoch bleiben einer Friedensarbeit, die vor Ort an lokalen Fragen ansetzt und sich den Problemlagen in der Welt zuwendet, genügend Handlungsspielräume, um Frieden konkret auszugestalten. Jede Form der Unterordnung der Theorie und Praxis von Friedensarbeit vor Ort unter internationale oder globale Friedensbemühungen impliziert eine Aushöhlung jeglicher weltgesellschaftlichen

1 Der Beitrag ist aus einer Lehrveranstaltung zur »Einführung in die Friedens- und Konfliktforschung« an der Universität Osnabrück im Wintersemester 1993/94 heraus entstanden und dient als Einführungstext für ein Lehrangebot über »Kommunale Friedensarbeit« an Universitäten und Fachhochschulen. Ein didaktischer Anhang über szenisches Lernen in einem Planspiel (»Krieg in Europa – Frieden in der Stadt?«) ist in Vorbereitung und kann bei den Autoren angefordert werden. Für die Hilfe bei der Erstellung der Schautafeln danken wir Stefan Breer.

2 Vandana Shiva, Alternative Nobelpreisträgerin, Stockholm, Karl Jaspers-Professorin, Oldenburg; zit.n. Weizsäcker, Bücking, 153.

3 Wir empfehlen zum Studium des politischen Handlungsspielraums von Gemeinden den Sammelband über »Kommunalpolitik« von Roth, Wollmann 1994. Hilfreich und lehrreich zugleich ist es auch, als Bürger/in Rat und Verwaltung der eigenen Kommune anzuschreiben und um Informationen zu den kommunalen Friedensaktivitäten und den finanziellen Aufwendungen zu bitten.

4 Vgl. dazu die zweibändige explorative Studie von Steinweg u.a. 1994.

5 Insbesondere die Politikwissenschaftlerin und Rechtsextremismusforscherin Christiane Rajewsky hat in ihren Beiträgen zum Thema auf die Überdeterminiertheit der »unteren« von den »oberen« Sozialebenen hingewiesen, ohne jedoch die persönlichen Handlungsalternativen, kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten und regionalen Gestaltungschancen zu vernachlässigen.

Friedensarbeit, die auf eine vielfältige Handlungspraxis von Menschen auf den verschiedenen Sozialebenen angewiesen ist. Zugleich negiert eine auf Ungleichheit beruhende Gewichtung und Gegenüberstellung zuungunsten der vermeintlich »unteren« Sozialebenen bezüglich der zu leistenden Friedensarbeit die Mündigkeit sowie Eingriffs- und Mitgestaltungspotentiale jeder/s Einzelnen und fördert auf der personalen Ebene eine kontraproduktive Haltung des »Nicht-Zuständigseins« (Ohrensesselmentalität) mit den langfristig erfahrbaren Rückwirkungen auf alle anderen, vermeintlich »übergeordneten« Sozialebenen des letztlich *einen* Friedenhandelns. Entgegen einer der etablierten Politik geläufigen Praxis und einer dazugehörenden politikwissenschaftlichen Denktradition, die Sorge um und für den Frieden auf andere Personen und höhere Entscheidungsinstanzen zu delegieren, wird hier von uns zugunsten einer direkten Zuständigkeit der Bürgerinnen und Bürger in den Fragen des Lebens und des Überlebens argumentiert. Daß eine unmittelbare Kompetenz in den Fragen von Krieg und Frieden, von Bunkerbau und etwa auch Wehrpflichtigenberatung, sofern sie kommunale Belange betreffen, für das lokale Gemeinwesen besteht, wird nach den Debatten der 80er Jahre inzwischen sogar von der Rechtssprechung (BVerwG 7 C 37.89, 40.89, 53.89, 54.89, 58.89 und 10.90) nicht mehr in Zweifel gezogen. So bleibt die Frage, wie eine Friedensarbeit konzipiert, entfaltet und ausgestaltet wird, welche die lokale und kommunale Friedensarbeit⁶ gewissermaßen auf die Füße stellt, und den beiden Seiten des friedenspolitischen Engagements vor Ort damit Kontinuität und Wirkung, Dauer und Einfluß verschafft?

Lediglich ein Artikel in der fünfbändigen Edition der *Osnabrücker Friedensgespräche* im Zeitraum von 1987 bis 1993⁷ behandelt den möglichen Beitrag der Kommunen zur Förderung des Friedens. Hans-Gert Pöttering skizziert dort die Subjektrolle der Gemeinden, wenn er auf die Erfahrungen mit internationalen Städtepartnerschaften unter der Fragestellung »Konsumenten oder Gestalter des Friedens?« eingeht. Hier kann nicht auf Aktivitäten von Städten und Kreisen im Gefolge der öffentlichen Debatte über den NATO-Aufrüstungsbeschluß von 1979⁸ im einzelnen eingegangen werden. Trotz vorliegender Dokumentationen der Zusammenkünfte⁹ fehlt noch immer ein Überblick über die Bemühungen der – nun auch Städte aus den fünf neuen Bundesländern umfassenden –

6 Wir plädieren hier dafür, bei der Konzeptualisierung einer kommunalen Friedensarbeit und Friedenserziehung an die Überlegungen, Analysen und Modelle der frühen 1970er Jahre (vgl. u.a. Bahr 1972; Bahr, Gronemeyer 1974, Zoll 1974) anzuschließen. Im Gegensatz zur sozialpädagogischen Theorie und Praxis hat die Gemeinwesenarbeit in den 1980er Jahren eine Verknüpfung zu Friedensproblemen und -perspektiven nachhaltiger durchgehalten.

7 Die großen Friedensforschungsinstitute in der Bundesrepublik haben sich – wie die Politikwissenschaft an den Universitäten ebenso – mit dem Untersuchungsgebiet einer Friedensarbeit im Mikrobereich immer schwer getan. Von daher fehlen auch Einführungs- und Studienbücher zur Sache; auch sind Artikel in den sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften kaum nachweisbar. Drei Sammelbände aus den letzten zehn Jahren (Gronemeyer, Gronemeyer 1982; Gugel, Jäger 1988; Alfs, Dominikowski 1993) bieten einen ersten Einblick in das Thema, können aber bestehende Forschungslücken nicht verbergen.

8 Ein Ausfluß der damaligen politischen Diskussion ist der im *Handbuch Kommunale Friedensarbeit* (219–221) dokumentierte Friedensbeschluß des Kreises Minden-Lübbecke von 1985. 1990 hat die Stadt Minden im Zusammenhang mit der Diskussion über die Truppenreduzierungen der Bundeswehr einen eigenen Friedensbeschluß gefaßt; diese westfälische Kommune hat auch später eine offizielle Partnerschaft mit den Friedensgruppen vor Ort geschlossen. Zu den Hintergründen und der Tradition dieser lokalen und kommunalen Friedensarbeit auf dem Land vgl. Menze 1993.

9 Die »Gemeinden für den Frieden« haben ihre Treffen in Broschüren dokumentiert (Bezugsliteratur). Daß es den Kommunalvertretern und den in diesem Zusammenschluß mitwirkenden Städten und Gemeinden nicht gelungen ist, darüber hinaus Aktivitäten zu entfalten und Materialien für die Arbeit von Kommunen zu erstellen, kann nur als ein Versäumnis betrachtet werden. Dieser Zusammenschluß von Kommunen, dessen Zusammenkunft für über 200 friedenspolitische aktive Gebietskörperschaften nach einem ersten gesamtdeutschen Treffen (1992 in Erfurt) 1994 in Recklinghausen stattfindet, korrespondiert im Umweltbereich mit dem »Klimabündnis der Städte gegen das Ozonloch«, Philipp-Reis-Str. 84, D-60486 Frankfurt/M. In dem schweizerischen Gegenstück zu den Friedensgemeinden, den »Gemeinden Gemeinsam«, Hotel de Ville, CH-2800 Delémont, können neben den Kommunen auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, nichtstaatliche Organisationen und natürliche Personen Mitglied werden.

»Gemeinden für den Frieden«. Gerade nach der Involution des Ost-West-Konfliktes behält das von Pöttering empfohlene Prinzip, vom Kennenlernen und der Versöhnung zum gegenseitigen Lernen zu kommen, seine bereits damals erkannte west- und osteuropäische Dimension im Rahmen der politischen Friedensgestaltung. Die Kommunen haben heute bei der eigenen Partnerschafts- und Entwicklungszusammenarbeit ihre gesamt-europäische und weltgesellschaftliche Rolle neu zu entdecken.

Bei aller Verschiedenheit bezüglich der Bemühungen, bei einer sehr unterschiedlichen Methodenauswahl und bei einem im Vergleich mit anderen Etatposten finanziell geringen Mitteleinsatz, der vielerorts jedes Jahr von Gruppen oder einzelnen Einrichtungen den Entscheidungsgremien abgerungen werden muß, kann Friedensarbeit als eine Herausforderung an ein Tätigsein im Handlungskontinuum mit den Polen Krieg und Frieden, die unversöhnliche Gegensätze darstellen, betrachtet werden. In einem zunächst negativ definierten Verständnis von Friedensarbeit werden wesentliche Bestandteile der Begriffskomposition »Friedens-Arbeit«, das heißt ihre substantiellen Implikationen, aufeinander zu beziehen und in ihrem Gegen- und Wechselseitigkeitsbezug zu sehen sein. Friedensarbeit ist weder vorrangig die Umsetzung wissenschaftlicher, auch nicht friedenswissenschaftlicher Ergebnisse, noch allein der punktuelle Protest gegen Aufrüstungs- und Militarisierungsmaßnahmen. Zum einen begreifen wir hier »Frieden« als Prozeß und gesellschaftlich herzustellenden Zustand, zum anderen ist »Arbeit« Ausdruck einer *vita activa* einer professionellen, nicht jedoch unbedingt professionalisierten Arbeit gegen Gewalt¹⁰. Darüber hinaus ist es unsere Absicht, den Begriff der Friedensarbeit weiterzufassen und zu beobachtende vielfältige Arbeitsweisen und potentielle Handlungsfelder einzufassen. Friedensarbeit ist ein subjektorientiertes Handeln für die Verwirklichung der politischen Utopie eines unteilbaren Weltfriedens in einem gesellschaftlichen Prozeß abnehmender Gewalttätigkeit und zunehmender partizipativer Gerechtigkeit.

In den folgenden Gesichtspunkten führen wir dieses Verständnis von Friedensarbeit aus und erläutern seine qualitativen Aspekte näher. Innerhalb der beiden ersten Kapitel wird zu begründen sein, warum heute Friedensarbeit geleistet werden muß und sie sich dabei unter der Hand zunehmend auch als Berufsfeld entwickelt; in den beiden folgenden Kapiteln fragen wir danach, wer Friedensarbeit leistet und gegen wen oder was sie sich richtet; danach wird in den beiden abschließenden Kapiteln umrissen, wo mögliche Schwierigkeiten, Fehler, aber auch Erfolge bei der »Weiterarbeit am Frieden« liegen. Die eingefügten Schautafeln dienen nicht nur dazu, unsere Überlegungen zu veranschaulichen, vielmehr verdeutlichen wir in unseren thesenartigen Formulierungen diese selbst, ohne jedes einzelne Stichwort zu erklären.

1. Die Welt wächst zusammen – gegenwärtige Globalisierungstendenzen: Der offene Handlungsrahmen für die Arbeit am Frieden

Die Menschen in den westlichen Industriegesellschaften stehen und leben hier und jetzt in einer »paradoxen« Situiertheit. Einerseits trägt ein rasender Individualisierungsschub

¹⁰ »Arbeit« ist zum einen nicht nur bezahlte Lohnarbeit und zum anderen auch immer geleistete Beziehungsarbeit. Vgl. dazu die Überlegungen bereits von Arendt 1972, die Arbeiten feministischer Theoretikerinnen sowie die Debattenbeiträge im Themenheft der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* 2 (1993) von Kambartel, Kurz-Scherf u.a. über einen erweiterten, »positiven« Arbeitsbegriff. Weitaus stärker als in unseren Überlegungen wird jeder Konzeptualisierungsversuch von Friedensarbeit das implizite Arbeitsverständnis stärker bedenken müssen, auch die Chancen und Gefahren des Überschlags von Arbeit in Berufsarbeit. Pointiert formuliert: Die Friedensarbeit in Deutschland steckt gegenwärtig in den Fallstricken ihrer Semi-Professionalität.

von unten dazu bei, daß sich sehr verschiedenartige Lebenssituationen und Sozialkontexte herausbilden, andererseits ist der Globalisierungsdruck von oben so kräftig, daß weltweite Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zu einer Zunahme von tatsächlicher und erfahrbarer Komplexität beitragen¹¹. Bei den gegenwärtigen Problemlagen sind diese beiden gegenläufigen Prozesse, die sich in einer Unübersichtlichkeit und Ungleichzeitigkeit zusammenfügen, ineinander verwickelt, wodurch die bisherige Ressortierung der Bearbeitung oder Erledigung aktueller Herausforderungen vielfach obsolet wird. Ein Beispiel verdeutlicht die Verschränkung der Problemfelder und das klassische Politikbereiche übergreifende Problem: Militärische Altlasten nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation stellen auf inzwischen verlassenen Truppenübungsplätzen nicht nur eine nachhaltige und mitunter irreparable Umweltzerstörung dar, sondern sie bilden auch vielerorts den Bezugspunkt einer öffentlichen Debatte, in der supranationale Verteidigungspolitik, wirtschaftspolitische und kommunale Interessen sowie verschiedene Handlungs- und Entscheidungsakteure zur Geltung kommen.

Die vor Ort sich auswirkenden Globalisierungstendenzen tragen dabei hinter dem Rücken der Involvierten zu einer Politisierung des Alltags bei, die subjektiv oftmals als Verlust von Kompetenzen gesehen, in einer klagend-resignativen Haltung bis hin zur politischen Apathie ausgedrückt und als Ohnmacht erfahren wird. Dieser Distanzverlust gegenüber fernen Weltgegenden und dem vormals abenteuerlich-nostalgisch, nun jedoch bedrohlich Fremden führt nicht aus sich heraus zu einer Wiedergewinnung oder Neuaneignung der politischen Handlungsfähigkeit von Einzelnen oder Kollektiven. Im Gegenteil: In der modischen Formel »Global denken – lokal handeln« verfestigt sich gerade auch bei einer Sensibilisierung für die großen Weltfragen und -probleme über eine Konzentration auf den zugewiesenen Sozialraum des Nahbereiches eine Ort- und Heimatlosigkeit in der Weltgesellschaft. Wir plädieren hier im Sinne eines emanzipatorischen Prozesses¹² dafür, daß zum einen für die unerläßliche Standortbestimmung des eigenen und auch des potentiellen Handlungsspielraumes bei der Analyse von der globalen Perspektive zu den anderen Ebenen vorangeschritten wird – gewissermaßen das Besondere im Allgemeinen zunehmend deutlicher herausgearbeitet wird –, zum anderen für die Wahrnehmung der jeweiligen möglichen Handlungsdimension die Auswahl und auch der Wechsel von Sozialebenen demgegenüber unerläßlich ist. Mit Hilfe des »offenen Handlungsraums der Friedensarbeit« kann nach der Lokalisierung und Verortung von sozialer Praxis in einem als »Würfel« konstruierten Deutungsmodell¹³ gefragt werden, um so unter anderem auch Leerstellen und Handlungsalternativen in der Sozialpraxis von Einzelnen und Gruppen kennenzulernen. Absicht kann es dabei nicht sein zu zeigen, was alles nicht geleistet wird, sondern wer in seinem jeweiligen von Raum und Zeit her

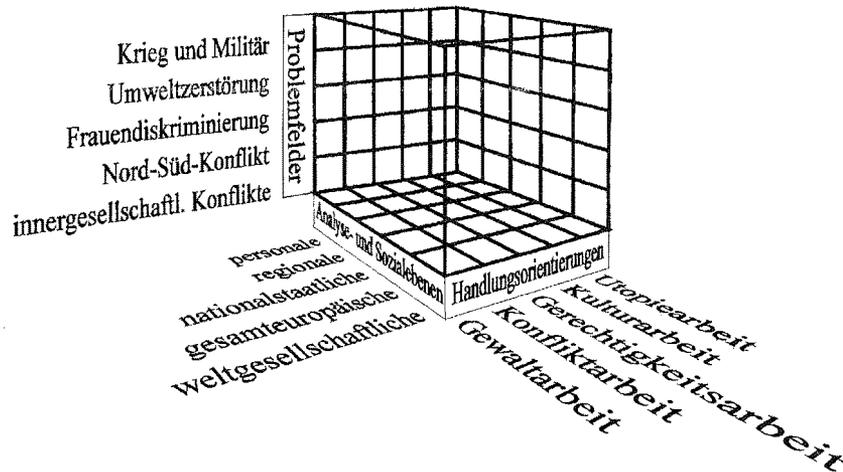
11 Wir beziehen das von Beck in seinen Büchern *Risikogesellschaft* (1986) und *Gegengifte* (1988) aufbereitete empirische Material und die sozialtheoretischen Analysen von Giddens aufeinander, ziehen es aber vor, von Gegenkräften zu reden. Auf das »Innen« in einem und das »Draußen« gegenüber einem jeden System erlauben wir uns hinzuweisen, um nicht eine technologische Formierung zu verabsolutieren und einer Entmachtung von Menschen das Wort zu führen.

12 Emanzipation bedeutet in unserem Kontext den offensiven Prozeß der inneren und äußeren Befreiung aus dem Hergekommenen und Geprägtsein (Weltanschauung, Vorurteile, Werte und Handlungsmaximen) zum Selbst. Philosophisch ausgedrückt meint Emanzipation somit die notwendige Selbsttranszendierung als das Sich-Verlassen in das Eigene als überaus politischen Prozeß mit praxeologischer Option.

13 Wir modifizieren und erweitern auf den Ebenen sozialer Beziehungen hier den von der »Initiative Friedenswissenschaft Münster«, einem Arbeitskreis von Studierenden und jüngeren Wissenschaftlern in einem Diskussions- und Beratungsprozeß entwickelten »offenen Handlungsraum der Friedensarbeit« (vgl. Alfs, Dominikowski u.a. 1993, bes. 21). Neben der kommunikationsfördernden Funktion des Modells betont der »Würfel« handlungsbezogene Dimensionen, die in den Modellbildungen der Friedensforschung in den 70er Jahren zwar postuliert, aber selten ausgeführt worden sind.

begrenzten Sozialkontext Aspekte eines positiven Friedens in die mehrdimensionale Friedensarbeit gegen Gewalt und für soziale Gerechtigkeit in einer zusammenwachsenden Welt einbringt.

Schautafel I: *Offener Handlungsraum Friedensarbeit*



Der Würfel veranschaulicht, daß die Haltung einer kritischen und selbstkritischen Interrogativität auf allen Sozialebenen im Widerspruch zu den destruktiven Globalisierungstrends im Weltmarkt möglich und heute ein mehrdimensionales Friedenshandeln nötig ist. Als spielerisch-dynamisches Erkenntnisinstrument dient der Würfel zur individuellen und kollektiven Standortbestimmung und Verortung. Er bietet Freiraum für Interessen und Schwerpunkte unter Benennung eigener Fähigkeiten und Fertigkeiten und beugt daher Frustrationen, Aktionismus und Hypererwartungen durch vorher erkannte Zuständigkeiten und geklärte Zielsetzungen vor. Der »offene Handlungsraum für Friedensarbeit« ermöglicht, die eigene Effektivität abzuschätzen sowie eine Überprüfung der angezielten Absichten vorzunehmen. Zudem impliziert der Würfel – im spielerischen Umgang – sowohl die Synopse als auch die Wahrnehmung bestimmter Spezifika unterschiedlicher Problemfelder sowie die Eröffnung ungeahnter Handlungsoptionen und praktischer Eingriffsmöglichkeiten.

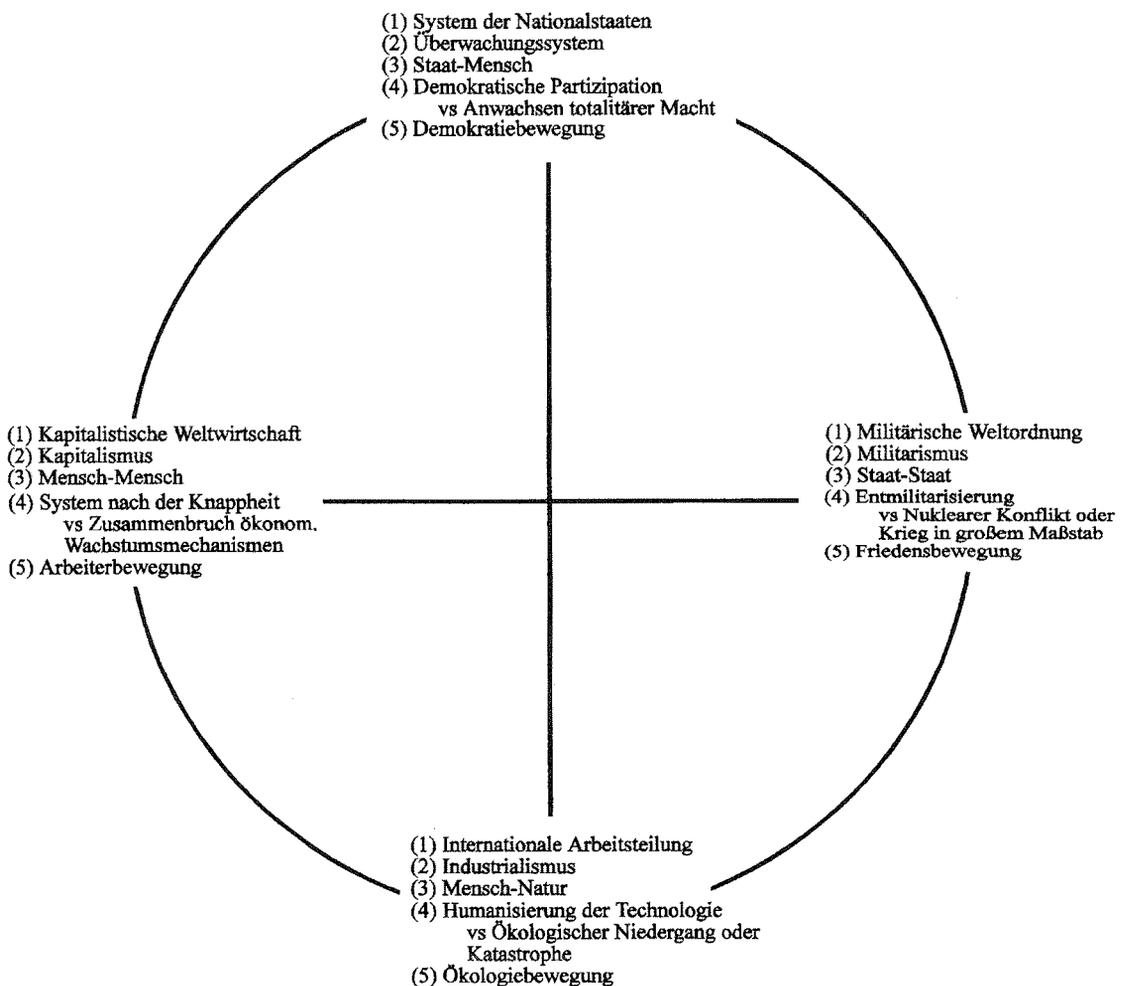
2. Die Kommune – eine Friedensstadt?

Es macht für unsere Überlegungen einen bedeutenden Unterschied aus, ob die lokalen Gemeinwesen zu einem globalen Dorf zusammengewachsen sind oder ob die Problemlagen der Welt sich auch in der einzelnen Kommune wiederfinden lassen. Da sich Kriegswirkungen, Frauenunterdrückung, Naturzerstörung und das koloniale Erbe fast in jeder deutschen Stadt aufzeigen lassen, wird von uns in der Analyse globaler Trends von der Dominanz der Unfriedensstrukturen und -potentiale gegenüber den begegnungs- und dialogorientierten Möglichkeiten einer Friedensstadt auszugehen sein. Nach Anthony

Giddens würden sowohl global als auch lokal Anzeichen von Fragmentierung und Vereinheitlichung (disembedding mechanisms) feststellbar sein. Vereinfachend lassen sich mindestens vier Dimensionen einer Globalisierung von Herrschaft mit einer Latenz zur Zerstörung – siehe die folgende Schautafel – unterscheiden. Sie bilden nicht nur Institutionen zur Reproduktion des Status quo heraus. Gleichzeitig rufen sie Typen sozialer Bewegungen hervor, die auf die Präsenz aktueller Gegenkräfte verweisen. Zwar ist der Grad einer Zivilisierung sozialer Konflikte nicht unwesentlich, dennoch läßt sich mit Blick auf die bundesdeutsche Wirklichkeit festhalten, daß in fast jeder Kommune die Existenz von Gewerkschaftsbüros, Umwelteinrichtungen, Friedensinitiativen und Menschenrechtsgruppen sowohl die Wirkungsfolgen von Industrialismus, Kapitalismus,

Schautafel II: *Gegenwärtige Globalisierungstendenzen* (nach Giddens)

- (1) Tendenz der Globalisierung
- (2) Institutionelle Dimension der Gegenwartsgesellschaften
- (3) Zentrale Konfliktfiguration im jeweiligen Feld
- (4) Leitidee einer modernisierten Sozialordnung
vs Irreversible Risiken der Moderne
- (5) Typ sozialer Bewegung: Weltgesellschaftliche, basale Gegenkräfte



Nationalstaatsbildung und Militarismus und den von ihnen aufgeworfenen Problemen vor Ort anzeigt, als auch die Suche nach Alternativen vorscheinen läßt. Im Anschluß an eine Überlegung in der kritischen Theorie der Spätmoderne (Giddens 1992) fragen wir nicht nur nach den politischen Zielen in einer spätmodernen oder zumindest vollständig modernisierten Gesellschaft, sondern geben auch für eine Handlungsorientierung vor Ort und eine gemeinwesenorientierte Friedenssozialarbeit einige erste Hinweise auf Akteure des Friedens.

Eine Friedensarbeit im sozialen Nahbereich setzt an den in der Kommune auffindbaren Widersprüchen an und baut auf Vorarbeiten, Traditionen und zivilen Projekten auf. Auch wenn wir uns in unseren Vorschlägen auf die Etablierung einer Infrastruktur des Friedens und von Friedensprojekten konzentrieren¹⁴ und nicht so sehr auf die Überwindung des sozio-politischen Ordnungsrahmens und den Dauerskandal des Geschlechterkonflikts abheben, bleiben 1) häufig die hier hervorgehobenen vier Dimensionen miteinander verschränkt. Es ist 2) bezüglich der damit identifizierten Hindernisse auf dem Weg zu einer friedensfähigen Weltzivilisation zu sehen, daß egalitäre Begegnungen, ein symmetrischer Dialog und eine nicht nur postulierte, sondern durchgehaltene Vernetzung¹⁵ im nahen wie im fernen Sozialraum, Grundprinzipien der Friedensarbeit darstellen. Anhand der stets vor Ort festzustellenden Auswirkungen der Konfliktlinien zwischen

- Natur und Mensch (Krise des Industrialismus, unbegrenzter Wachstumsfetischismus, Ökologiebewegung),
- Armut und Reichtum (Entstehen der Arbeiterbewegung im Kapitalismus),
- Willkürherrschaft und Menschenrechtsarbeit (Gefahr von Staatswillkür, Folgen der Nationalstaatswerdung für Fremde, Flüchtlinge und Minderheiten) und
- Kriegsbereitschaft und Friedensfähigkeit (weltweite Friedensbewegung als Reflex eines globalen Militarismus)

könnte ein umfangreicher Aufgabenkatalog für eine Friedensarbeit gegenüber und in gesellschaftlichen Institutionen erstellt werden. Eine kooperative Pluralität der Friedensakteure, seien es Initiativen, Verbände, Parteien oder kommunale Eliten, wird dabei als eine Chance angesehen werden können, um eine Kultur des Friedens zu etablieren. Eine regionale Militäranalyse, eine antimilitaristische Heimatkunde, die Umbenennung von Straßennamen, die Errichtung von Friedensdenkmälern, eine Friedenssozialarbeit mit Jugendlichen in Kooperation mit Bildungsstätten, kontinuierliche Friedensgespräche und die Berufung eines Friedensbeauftragten stellen dabei mögliche Schritte dar, damit eine Stadt ihr Friedensprofil auf Dauer stellt und eine langfristige Wirkung bezogen auf die Abschaffung von Krieg¹⁶ und das Einüben gewaltfreier oder zumindest gewaltärme-

14 Eine vorzügliche Friedenskulturarbeit praktiziert die Stadt Schwerte. Zu ihren über die Friedensarbeit vor Ort hinaus wichtigen Aktivitäten vgl. den Sammelband der Stadt Schwerte (1989) und insbesondere die Erhebung über kommunalpolitische Aktivitäten in anderen westdeutschen Kommunen (1988) sowie den Bericht von Fischer (1988) über die Ergebnisse.

15 Was Vernetzung in der wissenschaftlichen Arbeit sein kann, zeigen und diskutieren die Beiträge im Sammelband von Pellert (1991). Auch für das praxisphilosophische Friedenshandeln, das die praktische Arbeit eines jeden Menschen, ein »Friedensnetz« zu knüpfen, meint, sollte gelten, daß sie eine anti-hierarchische Tätigkeit darstellt, in der es durchaus auch um den Einsturz von pyramidalen Sozial- und feudalen Abhängigkeitsstrukturen geht.

16 Wir sehen es als eine zeitgemäße Aufgabe von intellektueller und praktischer Friedensarbeit an, an der Abschaffung der sozialen Institution Krieg mitzuwirken. Das, was so ambitioniert scheinen mag, hat für uns einen Wesenskern, den wir so ausdrücken: Da Krieg von Menschen gemacht wird oder zumindest Krieg nicht ohne Menschen gemacht werden kann, wird er auch von ihnen abzuschaffen sein. Wir halten weder die atomare Situation für irreversibel noch Krieg für eine quasi natur- oder systemgesetzliche Erscheinung, geschweige denn für eine evolutionäre Konstante.

rer Konfliktlösungsstrategien erreicht werden kann. Friedensarbeit sollte sich dabei nicht in einer sich spaltenden Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland¹⁷ ausschließlich auf eine Friedenssozialarbeit verengen; neben einer Konversion von Rüstungsbetrieben und einer Menschenrechtsarbeit, die einer Erosion von Solidarität widerstrebt, bleiben der Frieden zwischen den Menschen und der Frieden mit der Natur unerledigte Daueraufgaben, die vielfältige Anstrengungen erfordern.¹⁸

3. Lokale und kommunale Friedensarbeit: Kein Gegensatz im »Friedenshaus«

Es ist für die Bemessung des menschlichen Handlungsspielraums immer gut zu wissen, wer handelt. Mit der Unterscheidung von lokaler und kommunaler Friedensarbeit, die einerseits den außerinstitutionellen und andererseits den institutionellen Aspekt einer Arbeit am Frieden betont, ist daher gerade keine Trennung beabsichtigt. Es muß jedoch – und hier ließen sich vielfältige Erfahrungen und Widerfährnisse anführen – das Eigeninteresse und die Organisationslogik verschiedener Träger von Friedensarbeit gesehen werden. Daß sich etwa Friedensgruppen über eine unzureichende Unterstützung oder sogar eine Behinderung ihrer Arbeit durch die Kommunalverwaltung und die Beschäftigten beschweren, ist nicht nur eine konkrete und häufige Alltagserfahrung, selbst wenn es nur darum geht, Veranstaltungsräume nutzen zu können. Es ist häufig ein Ausfluß des Fehlens eines integrierten Konzeptes zur Friedensförderung vor Ort und der Mangel eines nur in einigen Städten beschlossenen »Handlungsrahmens kommunaler Friedensarbeit«, der verbindliche Maßnahmen innerhalb eines überschaubaren Zeitraums be- und vorschreibt, so daß sich bei aller Initiativarbeit keine Verstetigung in der Friedensarbeit herstellt. Verwaltungsangehörige, die sich ihrerseits über die Dauer von Entscheidungsprozessen in Stadtteilinitiativen nicht bewußt sind, übersehen das Spezifische aktionsorientierter Proteste, die stärker auf eine breite Willensbildung und weniger auf eine Entscheidungsfindung einiger Amtsinhaber ausgerichtet sind. Für Vertreter von Friedensgruppen heißt das auch, daß sie sich vorurteilsfrei und dialogorientiert sowohl einer projektbezogenen als auch einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit der kommunalen Selbstverwaltung stellen. Wir plädieren hier gegen ein beziehungsloses Nebeneinander und für ein komplementäres und synergetisches Miteinander von Gruppen, Organisationen und Institutionen¹⁹, die mit ihren spezifischen Mitteln Friedensarbeit leisten (können). Damit wird eine Betrachtungsweise gewählt und eine Handlungsweise angeraten, die im Hinblick auf aktuelle Probleme und konkrete Themen die mögliche und eine auf Synergie abzielende Komplementarität²⁰ der Akteure beachtet und lebendig zu gestalten beabsichtigt. Ein beständiger Austausch der Argumente und Positionen zwischen Initiativen, Bildungswerken, Forschungseinrichtungen, städtischen Verwaltungseinheiten und

17 Es soll hier nicht besonders unterstrichen werden, daß wir die Armutsberichterstattung als eine kommunale Aufgabe ansehen, die eine politische Weichenstellung im Sinne einer Grundversorgung und von Mindesteinkünften für jede Person erfordert. Die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse wird auch in unserem reichen Land vielen Menschen vorenthalten.

18 Vgl. Széll, 35–37.

19 Einrichtungen und Institutionen betrachten wir als gesellschaftliche Hervorbringungen, die einer permanenten Überprüfung zu unterziehen sind. Selbst das »Wesen« des Staates ist geschaffen und kein Ding an sich.

20 Zur Begriffsgeschichte von Komplementarität und zur Bedeutung des aus der Physik entlehnten Wortes für die Friedensforschung vgl. die weithin unbeachteten Arbeiten von Howe. Wir ergänzen hier die Vorstellung eines befristeten oder gleichzeitigen Nebeneinanders von Wirkungskräften um die Perspektive einer zielenthüllenden Konvergenz.

politischen Vereinigungen bildet dabei eine notwendige Voraussetzung für ein »Friedensnetz« in der Stadt, um informelle Gesprächskontakte zugunsten öffentlich inszenierter Friedensgespräche und Verwaltungshandeln festlegender Friedensbeschlüsse zu ersetzen. Der u.E. entscheidende Schwerpunkt liegt dabei auf dem prinzipiell öffentlichen und grundsätzlich dialogischen Charakter komplementären Handelns verschiedener Akteure, so daß eine prozeßhafte und inhaltliche Ausgestaltung dessen gelingt, was Frieden heute im gemeinsam bewohnten Haus der eigenen Kommune und der einen Welt sein kann.

Im Anschluß an die Gewalttypologie Johan Galtungs und seine friedentheoretischen Arbeiten²¹ skizzieren wir hier ein Friedenshaus, in dem eine elementare Bedürfnisbefriedigung²² aller unter ausdrücklichem Einschluß von Frauen, alten und jungen Menschen, gewährleistet wird. Wir haben dabei diese Überlegungen um den Aspekt einer Ökologisierung moderner Industriegesellschaften erweitert, weil die Naturerhaltung, der Ressourcenschutz und ein ökologisches Gleichgewicht²³ überall als eine vordringliche Aufgabenstellung zu begreifen sind. Lokale und kommunale Friedensarbeit sehen wir darin verbunden, gemeinsam Überleben zu sichern, die Natur zu schützen, Wohlbefinden und Freiheit zu fördern und eine Identitätsbildung zu ermöglichen, die eine Beheimatung der Weltbürgerinnen und Weltbürger zuläßt. Im Widerspruch zu einer Ortlosigkeit der menschlichen Situiertheit und einer Individualisierung der Risiken innerhalb der technologischen Weltzivilisation sehen wir insbesondere Chancen, im sozialen Nahbereichsraum über einen Aufbau von lokalen und regionalen Loyalitäten (die sich längst nicht mehr innerhalb territorialer oder nationaler Grenzziehungen entfalten) eine als Eingemeindung zu verstehende Beheimatung zu eröffnen. Für die Friedensarbeit vor Ort dürfte damit der inhaltliche Zusammenhang einer Flüchtlingssozialarbeit, einer Konversion der für den Export bestimmten Waffenproduktion und einer Menschenrechtsarbeit sichtbar werden.

4. Der Ansatz: Arbeit für den Frieden heißt zunächst Arbeit gegen Gewalt

Weder möchten wir mit dem Bild vom Friedenshaus die soziale Wirklichkeit harmonisch idealisieren, noch eine Allgegenwart von Gewalt behaupten. Erst im Übergang von Gewaltverhältnissen zu friedlichen Natur- und Sozialbeziehungen wird die utopisch-antizipative Perspektive einer unerledigten Pazifizierung des Staates und einer Humanisierung unserer Gesellschaft eröffnet. Um einen Frieden zu realisieren, der diesen Namen verdient, gilt es, Wege aus der Gewalt zu suchen.

Hier möchten wir die kritische Gewaltdebatte fortführen und vertiefen. Im Gegensatz sowohl zur politischen Instrumentalisierung von einzelnen Vorfällen als auch der damit verbundenen Verharmlosung fremdenfeindlicher Gewalt in Deutschland²⁴ geht es uns

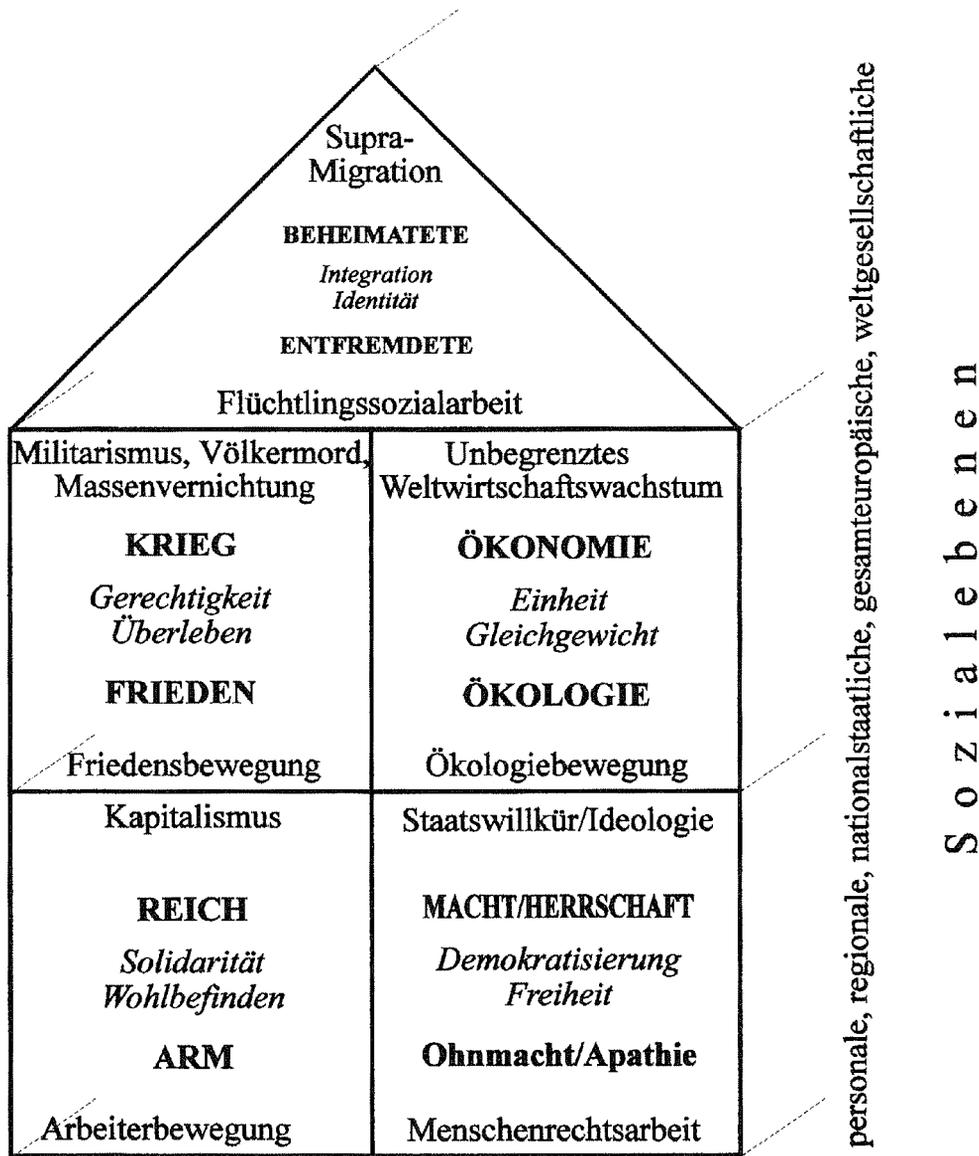
21 Galtung 1986; Galtung u.a.1993.

22 Galtung 1983; 1994.

23 Neuerdings wird in der entwicklungstheoretischen Debatte über dauerhafte/nachhaltige Entwicklung (sustainable development) als Leitbegriff verstärkt gearbeitet und kontrovers diskutiert. Vgl. dazu bes. die Überlegungen von Conrad in dem Berichtsband des Osnabrücker Kongresses »Die Dritte Welt und Wir«, das »Osnabrücker Memorandum« (beide Massarat u.a. 1993) sowie die Aufsätze von Harborth und seine hervorragenden Monographien.

24 Zur theoretischen Kritik der regierungsoffiziellen »Gewaltkommission« unter der Leitung von Schwind und Baumann vgl. die Beiträge in Alexis, Backes 1990. Zur praktischen Kritik einer rechtspopulistischen Regierungspolitik zu Beginn der 90er gehört unser Einspruch, daß mit der Einladung des Verhaltensbiologen Eibl-Eibesfeldt zu den Bonner Kanzlergesprächen die Vernachlässigung und eine Unterschlagung anderer Erklärungsansätze für frem-

Schautafel III: *Friedenshaus versus Omnizid* (Galtung)



kulturelle, symbolische, strukturelle, direkte

G e w a l t

denfeindliche Gewalt und die entsprechend motivierter Morde in Deutschland einhergeht. Diskurstheoretisch gehört die inflationäre Verwendung der Begriffe »Innerer Frieden« und »Innere Sicherheit« zusammen. Beide sind sinnfällige Zeichen für die Herabsetzung der Hemmschwelle bei der Einschränkung von sozialen und kollektiven Menschenrechten und des beinahe sorglosen Einsatzes staatlicher Mittel, ein Problem »in den Griff zu bekommen«. In Richtung und Linie eines weder restriktiven noch regressiven Gewaltbegriffes argumentieren u.a die Beiträge von Hennig (1989), Birkenbach (1993) sowie die aufeinanderbezogenen Überlegungen von Brückner und Hagemann-White (1993). Wir meinen, daß die begriffstheoretische Arbeit auch aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Friedensforschung und die Friedensarbeit zu intensivieren sein wird.

ihren überwiegenden Teilen immer noch gewaltsame Konfliktbefriedigungen gegenüber gewaltfreien Konfliktlösungen vorzieht und sogar über Sozialisationsagenturen prämiert.

- Strukturelle Gewalt dient dazu, Grundbedürfnisse vorzuenthalten und Selbstverwirklichung zu verhindern, wobei nicht unbedingt ein menschliches Subjekt für diese Form der Gewaltausübung auszumachen ist. Sozio-strukturelle, weltwirtschaftliche und politische Ursachenfaktoren sind hier stärker die Quelle für diese mehr sublimen, aber nicht weniger verletzende und Leben vernichtende Erscheinungsform von Gewalt. Zwei Beispiele dazu mögen genügen: Zum einen mögen Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen, die sich nicht aus den unteren Schichten der Peripherie zusammensetzen, durch Hunger und Krieg in fernen Weltgegenden verursacht sein, sie wirken sich jedoch als eine Herausforderung für eine Integrationspolitik in vielen Kommunen der wohlhabenden Länder aus, wobei ausbeuterische Welthandelsstrukturen für die Tatsache des Gegensatzes von Elend und Wohlstand nachweisbar sind. Zum anderen ist das Menschen- und Grundrecht, eine Behausung oder Wohnung zu haben, selbst für viele bundesdeutsche Bürgerinnen und Bürger durch eine verfehlte Wohnungsbau- und Mietpolitik in Frage gestellt, so daß nach vorsichtigen Berechnungen allein ein Bedarf von 200.000 Sozialwohnungen pro Jahr in den nächsten zehn Jahren zu erwarten ist.²⁶
- Symbolische Gewalt ist ein durchgesetztes Deutungs- und Zeichensystem, das der Vertikalisierung einer Gesellschaft dient und diese erhält. Sie schädigt mehr in den Köpfen und Herzen der Menschen und kann als eine ideologische Formation, die Überlegenheitsvorstellungen befestigt, angesehen werden. Hohe Portale prägen immer noch die Architektur staatlicher und städtischer Behörden wie Gerichte und Rathäuser und wirken absichtsvoll einschüchternd. Derartige Herrschafts- und Machtzeichen lassen sich auch in anderen Bereichen finden. In der Werbung und generell in den erst künstliche Wirklichkeiten erzeugenden Medien gewinnt Geschichte durch Geschichten ersetzende Symbolokratie²⁷ Einfluß auf Menschen und ihr Handeln.
- Kulturelle Gewalt ist ein Gewalttypus, der direkte wie strukturelle Gewalt sowohl legitimiert als auch rechtfertigt. Sie trägt zu Ausschließlichkeitsansprüchen gegenüber dem Anderen bei und beinhaltet Ausgrenzungen gegenüber Fremden. Kulturelle Gewalt befördert in einer sich zunehmend herausbildenden Weltgesellschaft eine konfliktverschärfende Dynamik, die eine symmetrische Begegnung der Kulturen verhindert bzw. bis in ihr Gegenteil pervertiert. Fragmentarisierung und Vereinheitlichung sind hierbei mittelbare Auslöser für die Überbetonung einer einzigen Kultur in Verbindung mit dem Verlust der Identität ethnisch-kultureller Minderheiten. Kollektive Lernerfahrungen tragen zu einer Dominanz von Feindbildern gegenüber Freundbildern im Umgang mit dem Anderen und den Fremden bei, obwohl in der globalen Situiertheit eines jeden Menschen – jenseits eines moralischen Postulats und angesichts der Kollision von Wertesystemen – aus dem Fernen ein Nächster geworden ist.

Trotz der vorgenommenen Unterteilung in dieser Gewalttypologie ist zu betonen, daß sich die genannten Gewalttypen in der sozialen Realität gegenseitig durchdringen und nur schwer diversifizierbar sind. Dies ist aber die Grundvoraussetzung, um Gewalt wirksam und aktiv gegenüberzutreten. Erst wenn über die Gewalt bedingenden Ursachen, ihre vielfältigen Erscheinungsformen und die mit ihr verbundenen leidvollen Erfahrungen

26 Vgl. dazu den Vortrag von Becker (1993) auf dem 73. Deutschen Fürsorgetag in Mainz (mit Themenschwerpunkt »Gewalt«).

27 Vgl. bereits Pross 1981, und bes. Saner 1993.

gen geredet wird, ohne über den Frieden zu schweigen, ist es möglich, Gewalt zu überwinden. Drei Grundeinsichten halten wir hierbei für wesentlich, wenn die Versuche, Auswege aus gewaltförmigen sozialen Beziehungen zu suchen und Antworten innerhalb einer Praxis des Friedens zu geben, nicht vergeblich sein sollen:

- Erstens ist direkte Gewalt durchaus nicht nur für viele eine alltägliche Erfahrung, sondern gleichfalls eine ultima ratio der politischen Unvernunft und Herrschaftslogik. Dabei geschieht die Abwehr von ökonomischen, politischen und sozialen Partizipationsanrechten häufig im Zusammenwirken struktureller Hindernisse und kulturalisierter Barrieren.
- Während zweitens kulturelle Gewalt mehr die historisch geronnene, in kollektiven Bewußtseinslagen gesellschaftlicher Gruppen eingeprägte und eine politisch gewissermaßen aktuell abrufbare Gewaltförmigkeit bezeichnet, hebt symbolische Gewalt die Seite einer stark subjektlosen Verfestigung von Überlegenheitsvorstellungen und Ausschließlichkeitshaltungen sowie eine ideologieträchtige Legitimation für Ungleichheit und Vertikalität hervor.
- Nicht zuletzt werden sich drittens erst dann Perspektiven des Friedens eröffnen lassen, wenn Gewalt als ein produziertes (folglich abschaffbares) soziales Übel erkannt wird: Beratung und Betreuung von Gewaltopfern ist eine Aufgabe von Einrichtungen mit kommunikativen Kompetenzen (»Friedenscafé«). Das Wissen um Gewaltverhinderung, -reduzierung und -auflösung findet seinen Niederschlag in den Berichten über gelungene Friedensprozesse (»Friedensbibliothek«). Um die vorbeugenden gegenüber den weiterhin unerläßlichen kurativen Friedenseinsätzen zu stärken, werden Friedenseinrichtungen vor Ort (»Friedensbüro«) einzurichten sein, in denen über Friedensstrukturen nachgedacht wird und welche Friedensprozesse initiieren. Ein »Friedensmuseum«²⁸ steht nicht nur im Widerspruch zur Verherrlichung von Krieg und Heroisierung des Kriegers in Vergangenheit und Gegenwart, sondern könnte auch lokalbezogene Aspekte eines weltweiten Friedensbewußtseins, somit »Bilder, Traditionen und Vorstellungen des Friedens« dokumentieren.

5. Ein falscher Weg: Symbolische Praxis

Symbolische Praxis heute meint jede »Arbeit am Frieden« ohne Gewaltüberwindung und Friedensperspektive. Sie wirkt kontraproduktiv zu der Zielsetzung einer Friedensarbeit, der es um eine Substituierung einer mit einer Kriegslogik behafteten Gewaltkultur durch eine Friedenskultur geht. Unter symbolischer Praxis verstehen wir eine lediglich zeichenhafte (wie bei den Protesten gegen die Brandanschläge auf ausländische und deutsche Mitbewohner/innen und Minderheiten), manchmal sogar lautstarke Politik, die die Ursachen von Gewalt nicht wirklich bekämpft und die mitunter nicht an einem Abbau von Gewaltverhältnissen interessiert ist. Symbolische Praxis ist Teil einer symbolischen Politik²⁹ und trägt zu dieser bei, wobei sie nicht nur auf Herrschaftseliten beschränkt ist, sondern eine die Perspektive des (Welt-)Friedens und seine Aspekte vernachlässigende Arbeit von Einzelnen, Gruppen und Kollektiven (auch der beiden Autoren) im allgemeinen betrifft. Drei kurz skizzierte und pointierte Beispiele werden hier ausgewählt, um

28 Vgl. dazu die internationale Befragung der Peace Education Commission (1993) und die Antworten aus Australien, Nordirland, Japan und Bradford sowie die Skizze von Garber (1992).

29 Voigt 1989.

daran anschließend in einem ersten noch sehr theoretischen Zugriff den grundsätzlichen, qualitativ nicht zu negierenden Unterschied zwischen einer an Gewalt oder einer am Frieden orientierten Sozialpraxis zu illustrieren:

Unbestreitbar sind psychische Schäden – neben physischen – feststellbare Auswirkungen menschenverachtender Gewaltanwendungen. Auch leugnen wir nicht eine innerpsychische – oder besser – intrapersonale Dimension eines Friedensverständnisses, das den Umgang mit sich selbst, der menschlichen Destruktivität und dem eigenen Körper reflektiert³⁰. Dennoch bleibt die Verwechslung eines inneren, seelischen Friedens mit einem politischen, weltlichen Frieden ein Haupthindernis³¹ bei der Arbeit am Frieden und dem Entwurf von Friedensstrategien. Während Gewalt ein gegenwärtig vielfach erlebbares Ergebnis ist, das auf Sozialstrukturen zurückzuführen ist und den Menschen in seiner Gesamtheit schädigt, meint Frieden einen sozialen Zustand, der erst noch eines sozioökonomischen Fundaments bedarf und der notwendend Entfremdung ausschließt und »personales Heilsein« gewährleistet. Frieden ist nicht ein in die Privatsphäre hineinverlagertes Wohlbefinden, sondern impliziert die in höchstem Maße politische Kategorie des »Inter-esses« am Anderen und die friedliche Qualität dieses Bezogenseins.

Die Liste der Zeichen und Symbole ist verlängerbar: Kasernen, die den Namen von nationalsozialistischen Offizieren tragen; Straßennamen, die Gebietsansprüche in das heutige öffentliche Bewußtsein transportieren; Gedenkplätze für Exponenten einer Kultur und einer Praxis des Krieges. Dagegen stehen heute in vielen Städten Friedensplätze und -denkmäler, die einen Bruch mit der Kriegskultur deutlich machen sollen. Zu beachten aber ist: Bei der kommunalpolitischen Arbeit von Gruppen, die sich für die Umbenennungen von Straßen einsetzen, bleibt einerseits eine öffentliche Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern eine unerläßliche Voraussetzung, um mehr als lediglich einen formalen Ratsbeschluß zu erreichen. Selbst wenn eine andere Benennung einer öffentlichen Einrichtung oder die Errichtung einer Friedensskulptur nicht gelingt, so kann andererseits dennoch der Diskussionsprozeß für eine Weckung von Friedensbewußtheit von Nutzen sein.

Bezogen auf die Friedensarbeit gesellschaftlicher Gruppen innerhalb des lokalpolitischen Rahmens in der Bundesrepublik Deutschland sehen wir das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen Bürgerinnen und Bürger als prioritäre Aufgabenstellung einer Beheimatung sämtlicher Einwohnerinnen und Einwohner einer Stadt an. Auch wenn institutionelle Diskriminierungen und rechtliche Vorschriften Zuzug und Integration be- oder sogar verhindern, bleiben zahlreiche Tätigkeitsfelder für Gruppen, kirchliche Organisationen, politische Parteien und kommunale Einrichtungen, nicht nur ethnospezifisch aktiv zu werden, sondern die inter- wie die transkulturelle Arbeit zu gestalten³². Neben der von einer Städtepartnerschaftsarbeit der kommunalen Eliten zu einer Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern entwickelten »Außendimension« tritt eine »Innendimension« in der Gemeinde hinzu, welche die eigene Entwicklung in den Vordergrund rückt. Die Leitprinzipien des Friedenshauses sehen wir hier und jetzt als lokale und globale Herausforderung an, niemals als eine bezogen auf Nationen, Rassen und Geschlechter teilbare öffentliche und staatliche Aufgabe.

30 Vgl. dazu Moeller 1992.

31 Siehe zu diesem Hinweis die Überlegungen von Saner (1988), welche für uns unter religionssoziologischen Vorzeichen die Kritik politischer Theologien notwendig macht, die einen politischen Frieden relativieren, abwerten oder sogar vollständig entwerten.

32 Zu den verschiedenen Formen interkultureller Verständigungsarbeit vgl. die hilfreichen Überlegungen von Staub-Bernasconi. Auch die kritischen Bemerkungen von Radtke zum Multikulturalismus bedürfen einer handlungsermöglichenden Übertragung in gemeinwesenorientierte Konzepte einer Beheimatung.

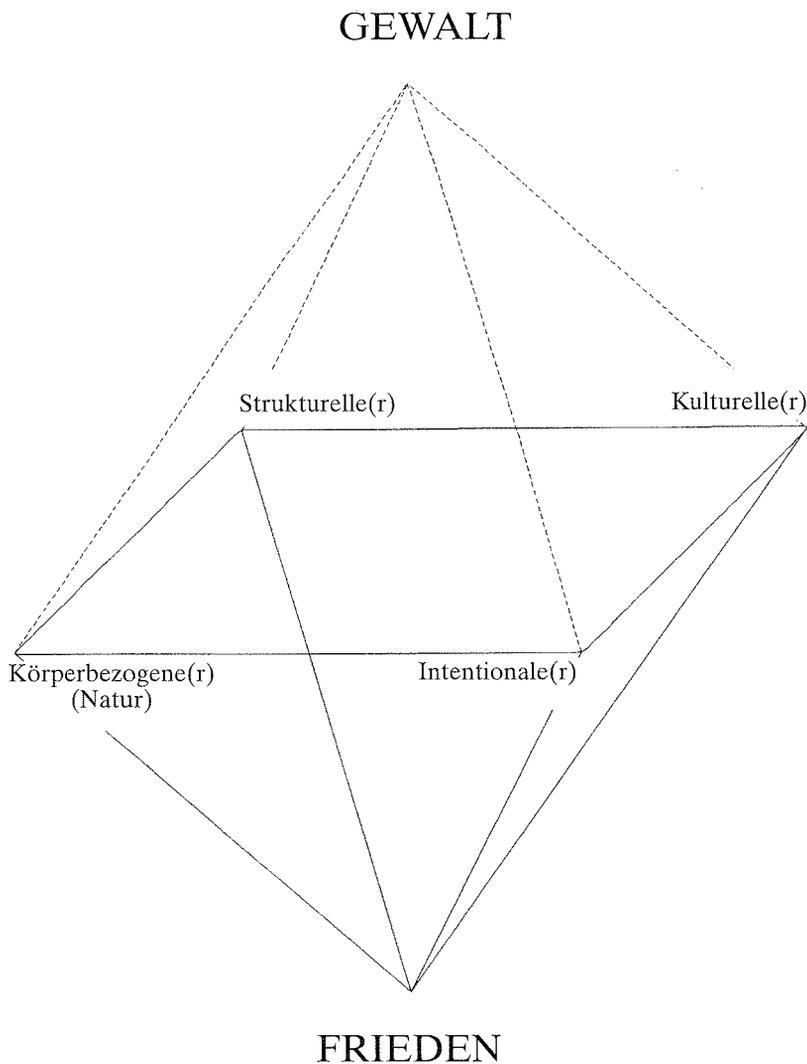
Die entscheidende Weichenstellung, die über den Entscheidungsspielraum einer Friedensarbeit von unten mitentscheidet, sehen wir in den Konturen einer neuen deutschen Außenpolitik³³ nach der Involution der Ost-West-Blockbildung sowie bezüglich der defizitär geführten Debatte über ihre Richtungsfestlegung. Die Gefahren einer Militarisierung der bundesdeutschen Sicherheitspolitik und einer Militarisierung der Weltinnenpolitik im UNO-Kontext stehen dabei in einem Wechselverhältnis, weil bis heute eine nukleare Komponenten umfassende Entmilitarisierung der internationalen Politik ver­säumt worden ist. Der Parallelismus bezüglich des Insistierens zugunsten militärischer Mittel auf der nationalstaatlichen und der weltgesellschaftlichen Analyseebene enttarnt die Eindimensionalität und die zynische Widersprüchlichkeit militär- und sicherheitspolitischer Ordnungsdiskurse. Er offenbart die Notwendigkeit einer kritischen Orientierung an den Grundprinzipien eines mehrdimensionalen Friedenshandelns.

Die Option einer militärischen Friedens erzwingung und die Option einer Friedensförderung, die an zivilen, polizei orientierten Funktionen ausgerichtet ist, verdeutlicht den Widerspruch zwischen einer Friedens- und einer Gewaltorientierung. Die Unvereinbarkeit der Strategie des peaceful change mit einer Strategie, die im Extremfall eine Massenvernichtung billigend miteinkalkuliert, ist offenkundig. So wie jede verteidigungspolitische Debatte in Deutschland ohne Nachdruck auf eine deutliche Truppenreduzierung und eine Etat kürzung einen verkehrten Weg beschreitet, bleibt jede UNO-Debatte ohne die Forderung nach einer Demokratisierung dieser Institution eine symbolische Politik im Schatten der nach Machterhalt strebenden Herrschaftslogik. Anstatt über eine Stimme und einen Sitz Deutschlands in Amtsstuben und Medien zu schwadronieren, ist ein zielgerichtetes Friedenshandeln der bundesrepublikanischen Politik gefordert, das die Demokratisierung und Zivilisierung der westeuropäischen und weltgesellschaftlichen Institutionen – wie die UNO sie darstellt – intendiert.

Eine Gewaltperspektive steht immer diametral der Friedensperspektive gegenüber. Dabei werden jedoch in der Sozialpraxis »Aspekte« aufgegriffen, die für ein Gewalt- oder Friedenshandeln von ausschlaggebender Bedeutung sind. In einer Gewaltorientierung werden Menschen physisch und psychisch beschädigt; die soziale Struktur und die menschliche Kultur tragen dort zu Verletzungen und Zerstörungen bei. Die Gewalttat hat dabei eine klare Zwecksetzung im Rahmen einer Herrschafts- oder Machtausübung. Jede Friedensorientierung hingegen zielt auf eine Förderung und einen Aufbau der in der folgenden Schautafel angedeuteten Aspekte ab:

33 Vgl. dazu den anregenden Essay von Bredow, Jäger, auch wenn sich dieser Diskussionsbeitrag auf einen sicherheitspolitischen Ordnungsdiskurs konzentriert. Zum einen unterschätzen die Autoren das Interesse in Politik und Militär an einer interventionistischen Bundeswehrpolitik, zum anderen bleibt die Kritik und die friedenspolitische Debatte außerhalb der vermeintlichen Zentren von politischen und Politiker beratenden Entscheidungsträgern unberücksichtigt oder unausgewogen dargestellt.

34 Wir nehmen hier die Definition von Galtung, daß Frieden die Abwesenheit von Gewalt ist, sowie dessen Überlegungen (1994) auf. Auch dürfte deutlich werden, daß über den intentionalen Aspekt von Gewalt oder Frieden nur normativ zu urteilen sein wird. Unsere Wertorientierung sieht in der Zielperspektive »Frieden« und in gewaltärmeren und gewaltfreien Sozial- und Naturbeziehungen Mittel und Zweck zugleich.



Die Stärkung von Friedensstrukturen und einer Kultur des Friedens ist auf allen Ebenen einer wissenschaftlich-technischen Weltzivilisation als Handlungsweise möglich und folglich obligatorisch. Körperbezogene Aspekte, die sich am Weltfrieden orientieren, gipfeln in einem Frieden mit der Natur und beziehen sich auf die unabdingbaren Grundlagen des menschlichen Lebens. Eine möglicherweise sinnstiftende Zielsetzung kennzeichnet jedes Friedenshandeln, das trotz aller Niederschläge auf die Realisierung von Frieden ausgerichtet und angewiesen ist. Wir können hier die Probe bezüglich verschiedene Sozialebenen ansprechender Gesichtspunkte (innerer Friede versus echten Frieden; Friedenssymbolik versus bewußtseinsfördernde Diskussionsprozesse; ausländerfreundliche Friedensrhetorik versus faktische kommunale Gleichstellung; militärdominierter Umbau versus drastischen Abbau und Freisetzung von Mitteln; neue Weltrolle der UNO versus supranationale Demokratisierungsanstrengungen) machen. Mit diesem Spiegelraster lassen sich Gewalt- oder Friedensaspekte für das jeweilige Thema identifizieren. Ungleich wichtiger aber ist es, die Friedensperspektive durch individuelle und kollektive Friedenssubjekte durchzusetzen und hier der Kommune ein neues Aufgaben- und Tätigkeitsfeld zuzuweisen.

6. Die Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten heute: aktuelle Tätigkeitsfelder

Eine Friedensarbeit verstanden als die Etablierung eines Weltbewußtseins vom Frieden und einer Weltordnung ohne Krieg negiert eine Stufenfolge der Handlungsdimensionen einer Anti-Gewaltarbeit. Heutige Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten in den Formen von Konfliktlösungs-, Gerechtigkeits-, Kultur- und Utopiearbeit beziehen sich unmittelbar auf die politische Vision vom Weltfrieden. Was für nationalstaatliche Einrichtungen, internationale Organisationen und transnationale Institutionen noch näher entfaltet werden müßte³⁵, ist bereits in Form aktueller Tätigkeitsfelder einer Friedensarbeit in der und durch die Kommune ansatzweise vorhanden. Bei den in der letzten Schautafel aufgeführten Feldern (einer Kreuztabelle mit den Bereichen Frieden und Soziales, Frieden und Abrüstung, Frieden und Kultur sowie Frieden und Entwicklung) wird jede Kommune in Deutschland Handlungsstrategien entwickeln und Ressourcen einsetzen können, wenn sie das Friedensthema in dieser Breite am Ausgang eines gewalttätigen Jahrhunderts zu bearbeiten wagt.

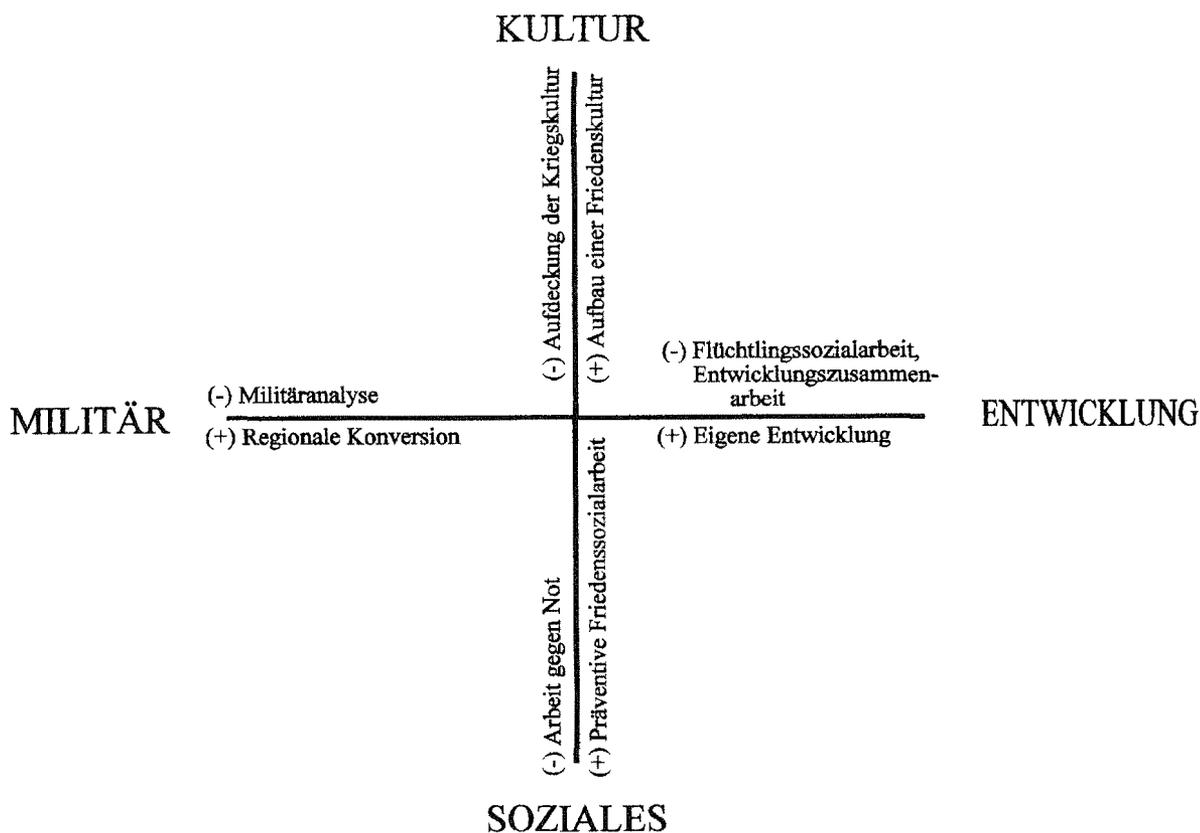
Die vielfältigen Ansätze einer kommunalen Friedensarbeit unterschiedlicher Träger (wir greifen hier die Verleihung des *Aachener Friedenspreises* an couragierte Weltbürgerinnen und -bürger heraus) werden Städte und Gemeinden ermutigen, selbst Tätigkeitsfelder in ihrer Perspektive einer kommunalen Friedenspraxis auszufüllen. Zwar halten wir eine »Stadt ohne Gewalt« bei aller sozialer Phantasie nicht für einen realisierbaren Zustand im Nahbereichsraum. Wenn aber jede Kommune die Chancen eines Abrüstungs- und Entmilitarisierungsprozesses be- und ergriffen hat, eröffnen sich spezifische Möglichkeiten, sowohl bereits (-) erkannte und vielerorts zumindest praktizierte als auch noch (+) zu entwickelnde Aktivitäten zu pflegen und die dort geleistete Arbeit zu dokumentieren.

Die sich in diesem Falle entsprechenden und ergänzenden Vorzeichen sind als Pole zu charakterisieren, die somit ein umfangreiches Spannungsfeld darstellen, das der lebendigen Ausgestaltung vor Ort bedarf. Sie implizieren keinen Gegensatz von positiv und negativ bzw. zwischen notwendig und fakultativ, sondern repräsentieren ein zielorientiertes Friedenshandeln, das (sich) nicht nur eine Militäranalyse leistet, sondern darüber hinaus eine regionale Konversion anstrebt. Derartiges friedensorientiertes Handeln macht die vorhandene Kriegskultur transparent und baut parallel eine Kultur des Friedens mit auf. Ebenso gehört zu ihrem Selbstverständnis, die Flüchtlingssozialarbeit und eine Arbeit gegen soziale Not zu unterstützen. Zudem setzt sie auch Prioritäten zugunsten einer präventiven Friedenssozialarbeit und macht Mittel für die am sozialen Wachstum zu messende eigene Entwicklung frei. Erst in diesem umfassenden Handlungsrahmen aktueller Tätigkeitsfelder sowie in der symmetrischen Komplementarität der vier Grundausprägungen einer kommunalen Friedensarbeit wird sich eine Kommune und ihr Verwaltungshandeln auszeichnen können.

Ein *jährlicher Friedensbericht* über die (bezogen auf die vier Tätigkeitsfelder) durchgeführten Maßnahmen und Projektförderungen entspricht nicht nur einer Rechenschaftspflicht über eine kommunale Arbeit gegen Gewalt und für Frieden, sondern ist als eine obligatorische Dienstleistung im Rahmen eines modernen Verwaltungshandelns anzuse-

35 Zu der Alternative »Verteidigungs- oder Friedensministerium« vgl. das Diskussionspapier von Störk. Für die nächsten Jahrzehnte sehen wir hier ein reiches Betätigungsfeld der Parteienvertreterinnen und -vertreter. Es geht nicht so sehr darum, daß ein Kriegsdienstverweigerer bei der Bundeswehr beschäftigt wird; vielmehr geht es um den politischen und sozialen Gestaltungsprozeß von Abrüstung als notwendige Voraussetzung für Frieden.

Schautafel VI: Aktuelle Tätigkeitsfelder einer Friedensarbeit in der Kommune



hen. So stellt etwa die Friedensdeklaration der Stadt Linz³⁶ sowohl eine Ermutigung für die Anstrengungen anderer Städte dar als auch ein Mittel, um eine Kontinuität in der kommunalen Friedensarbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Eine beständige Debatte über die Lage vor Ort, die politischen Ziele und die gangbaren Wege zum Frieden nimmt jede Kommune in eine Verantwortung, die von außen durch Globalisierungs- und Fragmentarisierungstendenzen an sie herangetragen wird.

Eine Friedenserklärung in Osnabrück und anderswo hat nicht nur kommunalpolitische Zielsetzungen offenzulegen, auf die Gefährdungen des internationalen und sozialen Friedens hinzuweisen. Sie hat auch zu konkretisieren, welche Einrichtung in dem mit einer Arbeit am Frieden verknüpften Tätigkeitsfeld welche Schritte unternimmt und gehen könnte. Friedensarbeit heißt bereits heute zu wissen, wo Not in der Stadt herrscht, militärische Einrichtungen vorhanden sind, welche Traditionen einer Kriegsideologie gegenwärtig sind³⁷ und wie strukturelle Gewalt auf uns zurückwirkt, die von den westlichen Industriegesellschaften und den OECD-Staaten ausgeht. Wie die konstruktiven Elemente einer kommunalen Friedensarbeit, die die symbolische Praxis überwindet, aussehen, kann nicht unter Verweis auf die Finanzkrise der Gemeinden beschieden werden. Wir sehen es hinsichtlich des kommunalen Verwaltungshandelns nicht als eine gewagte

36 Die Linzer Friedenserklärungen sind in den letzten Jahren regelmäßig im Dialog. Beiträge zur Friedensforschung dokumentiert worden. In den Heimat- und Stadtbüchern vor Ort wird jedoch seltener die »Quellenarbeit« an einer Archäologie des Friedensgedankens und des Friedensbewußtseins gepflegt.

37 Vgl. neben der Studie von Gärtner, Rosenberger (1991) den Bericht über die Ausstellung zu Kriegsdenkmälern von Schmid (1994).

Prognose an, daß in den bundesdeutschen Kommunen nach den Umwelt- und Frauenbüros in den nächsten Jahren zunehmend Friedens- und Entwicklungsbüros eingerichtet werden. Der Frieden, der mehr als nacktes Überleben ist, hat einen Preis – und das, weil die Entwicklung von sozialem Wohlbefinden, politischer Teilhabe, ökologischem Gleichgewicht und kultureller Identität, die Förderung und Aufbau umfaßt, im eigenen Haus beginnt. Diese Aufwendungen für zivile Zwecksetzungen bleiben jedoch deutlich unter den Kosten für den Erhalt des modernen Dinosauriers: das weltweite Militärsystem bleibt angesichts verpaßter oder noch ungenutzter Chancen ein Hindernis zu weniger Gewalt und mehr Frieden in einer zusammenwachsenden oder aufeinanderprallenden Welt. Vielfältige und gemeinsame Kraftanstrengungen erachten wir daher als einen notwendigen Beitrag, um Krieg im Zusammenleben der Menschen und der Menschheit auszuschließen und die Friedensarbeit in jeder Kommune zu fördern und zu entwickeln.

Bezugsliteratur:

- Peter-Alexis Albrecht, Otto Backes (Hg.). *Verdeckte Gewalt. Plädoyers für eine »Innere Abrüstung«*. Frankfurt/M. 1990.
- Michael Alfs, Thomas Dominikowski, Michael Hiegemann, Dieter Kinkelbur, Dirk Nabers, Norbert Westphal (Hg.). *Arbeit am verlorenen Frieden. Erkundungen im Spannungsfeld von Theorie und Praxis*. Münster 1993.
- Hannah Arendt. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München 1992.
- Hans-Eckehard Bahr (Hg.). *Politisierung des Alltags – gesellschaftliche Bedingungen des Friedens*. Darmstadt, Neuwied 1972.
- Hans-Eckehard Bahr, Reimer Gronemeyer (Hg.) *Konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit. Niederlagen und Modelle*. Darmstadt, Neuwied 1974.
- Ulrich Beck. *Risikogesellschaft*. Frankfurt/M. 1986.
- Ulrich Beck. *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*. Frankfurt/M. 1988.
- Ruth Becker. »Was hat eine Brezelbäckerin mit dem Wohnungsbau gemein? Warum die deutsche Wohnungspolitik nicht geeignet ist, die Funktionsunfähigkeit des Marktes auszugleichen«. *Frankfurter Rundschau*, 13. Dezember 1993, 12.
- Gerhard Biederbeck. *Abrüstung und Konversion an der Basis – aber wie? Kommunale Friedensarbeit*. (Schriftenreihe *Anstöße zur Friedensarbeit*, Bd.6.) Hildesheim, Zürich, New York 1991; inzwischen sind in dieser von der Stiftung »Die Schwelle« hg. Buchreihe 11 Bände erschienen.
- Hanne-Margret Birkenbach. »Gewalt besser begreifen. Friedensforschung als Ausdruck des wissenschaftlich-politischen Lernens und als Beispiel für institutionalisierte Lernhemmungen«. Hanne Vack, Klaus Vack (Hg.). *Politische und soziale Lernprozesse. Möglichkeiten, Chancen, Probleme*. Beerfelden 1993, 65–84.
- Wilfried von Bredow, Thomas Jäger. *Neue deutsche Außenpolitik. Nationale Interessen in internationalen Beziehungen*. Opladen 1993.
- Margrit Brückner. »Einbettung von Gewalt in die kulturellen Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit«. (47–56); Carol Hagemann-White. »Das Ziel aus den Augen verloren?«. (57–63); Margrit Brückner. »Blickrichtungen und Zielsetzungen in der Gewaltdiskussion – Anmerkungen zum Beitrag von Carol Hagemann-White«. (63–66). *Zeitschrift für Frauenforschung*, 1993, 1/2.
- Jobst Conrad. »Sustainable Development« – Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit eines Konzeptes«. Mohssen Massarrat u.a. (Hg.), *Die Dritte Welt und Wir*, 1993, 112–138.
- Deutsche Zeitschrift für Philosophie*. Themenschwerpunkt »Zur Sozialphilosophie der Arbeit«, 2 (1993).
- Thomas Dominikowski. »Offene Handlungsräume der Friedensarbeit. Ein vernetzendes Modell und Kommunikationsmedium des sozialen Handelns für positiven Frieden«. Michael Alfs u.a. (Hg.), *Arbeit am verlorenen Frieden*, 1993, 14–28.
- Thomas Dominikowski, Johannes Esser. *Die Lust an der Gewalttätigkeit bei Jugendlichen. Krisenprofile – Ursachen – Handlungsorientierungen für die Jugendarbeit*. Frankfurt/M. 1993.
- Johannes Esser. »Überlegungen zu Grundlagen einer Friedenssozialarbeit«. Angelika Ehrhardt-Kramer, Walter Hanesch, Bernhard Meyer (Hg.). *Arbeitsmarktperspektiven in der sozialen Arbeit*. Frankfurt/M. 1987, 201–244.
- Johannes Esser, Dieter von Kietzell. »Alltagsfriedensforschung in der Kommune – Theoretische Grund-

lagen, professionelle Vermittlungsstrukturen und sozialräumliche Untersuchungen«. Peter Krahelec u.a. (Hg.), *Der große Frieden*, 33–57.

Klaus Farin, Eberhard Seidel-Pielen. *Krieg in den Städten*. Berlin 1991.

Martina Fischer. »Von der atomwaffenfreien Zone zur kommunalen Friedenspolitik. Bundesweite Umfrage der Stadt Schwerte zur Friedensarbeit von Städten und Gemeinden«. *antimilitarismus information*, 1988, 9/10, IV/17–24.

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4 (1991). Themenheft »Power in der Provinz«.

Günter Freudenberg, Mohssen Massarrat, Heinrich Bösling, Aktionszentrum Dritte Welt. »10 Jahre Colloquium Dritte Welt«. Universität Osnabrück/Arbeitsgruppe Sozialökonomie und Kultur der Dritten Welt. *Vorbereitungsreader zum Kongreß »Die Dritte Welt und Wir«*. Osnabrück 1992, 63–75.

Reinhold Gärtner, Sieglinde Rosenberger. *Kriegerdenkmäler. Vergangenheit in der Gegenwart*. Innsbruck 1991.

Johan Galtung. *Self-Reliance. Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie*. München 1983.

Johan Galtung. *25 Jahre Friedensforschung. Zehn Herausforderungen und einige Antworten*. Bonn 1986.

Johan Galtung. »Cultural Violence«. *Journal of Peace Research* 3 (1990), 291–305.

Johan Galtung. »Friedensforschung in Deutschland – Stagnation oder Erneuerung?«. Johan Galtung, Dieter Kinkelbur, Martin Nieder (Hg.). *Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik. Friedenswissenschaftliche Stichwörter zur Zeitdiagnose*. Münster 1993, 41–58.

Johan Galtung. *Friedensstudien: Frieden, Konflikt, Entwicklung und Kultur*. 4 Bde. Hagen 1994.

Johan Galtung. *Menschenrechte in neuer Perspektive*. Frankfurt/M. 1994.

Klaus Garber. »Die Utopie des Friedens im friedlosen Europa«. *Magazin der Universität Osnabrück*, Dezember 1992, 45–50 (Themenschwerpunktheft »Frieden«).

»Gemeinden für den Frieden«: Stadt Kassel 1983; Landeshauptstadt Saarbrücken 1985; Stadt Hannover 1987; Stadt Mainz 1989; Stadt Langenselbold 1991.

Anthony Giddens. *Kritische Theorie der Spätmoderne*. Wien 1992.

Marianne Gronemeyer, Reimer Gronemeyer (Hg.). *Frieden vor Ort*. Frankfurt/M. 1982.

Günter Gugel, Uli Jäger (Hg.). *Handbuch Kommunale Friedensarbeit*. Tübingen 1988 (vergriffen).

Hans-Jürgen Häbler, Christian von Heusinger (Hg.). *Kultur gegen Krieg. Wissenschaft für den Frieden*. Würzburg 1989.

Bernd Hamm, Harald Spehl (Hg.). *Die regionale Bedeutung militärischer Einrichtungen*. (Trierer Beiträge zur Stadt- und Regionalplanung Bd. 16.) Trier 1988.

Hans-Jürgen Harborth. *Dauerhafte Entwicklung (Sustainable Development). Zur Entstehung eines neuen ökologischen Konzeptes*. Berlin 1989.

Hans-Jürgen Harborth. *Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbsterstörung. Eine Einführung in das Konzept des »Sustainable Development«*. Berlin 1993.

Hartmut Häußermann, Walter Siebel (Hg.). »Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte«. *Leviathan-Sonderheft* 13 (1993).

Eike Hennig. »Was leistet das Konzept der ›Strukturellen Gewalt‹?«. Wilhelm Heitmeyer, Kurt Möller, Heinz Sünker (Hg.). *Jugend – Staat – Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung*. Weinheim, München 1989, 57–89.

Günter Howe. *Kriegsverhütung und Friedensstrukturen. Eine Studie über den Vertrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen*. Gütersloh 1968.

Egbert Jahn. »Friedensforschung und Friedensbewegung«. *Friedensanalysen: Die neue Friedensbewegung*, Bd.16. Frankfurt/M. 1982, 146–165; diese Schriftenreihe wird nun in ihrem 20. Erscheinungsjahr eingestellt werden.

Jahrbuch Frieden 1990–1994. München 1989–1993; in jedem Jahrbuch wird im Kapitel III. über Initiativen und Projekte einer »Arbeit am Frieden« berichtet.

Peter Krahelec. »Alltagsfriedensforschung – eine Perspektivenerweiterung«. Ders. u.a. (Hg.), *Der große Frieden*, 17–32.

Peter Krahelec, Horst Kreth, Konrad Seyffarth (Hg.). *Der große Frieden und die kleinen Kriege*. Münster 1993.

Markus Kreis. »Social Work and Peace – Some Sceptical Remarks«. Vortragsmanuskript, Unna 1986.

Mohssen Massarrat, Birgit Sommer, György Széll, Hans-Joachim Wenzel (Hg.). *Die Dritte Welt und Wir. Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis*. Freiburg 1993.

Marburger Juristen für den Frieden (Hg.). *Handbuch für kommunale Friedensarbeit. Rechtliche Regeln für das Militär, Rechtsschutz für Bürger, Gemeinden und Gemeindevertreter*. Baden-Baden 1988.

Siegfried Menze. »Zwanzig Jahre Friedensarbeit in der Provinz: Das Beispiel: Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.«. Michael Alfs u.a. (Hg.), *Arbeit am verlorenen Frieden*, 42–55.

Michael Lukas Moeller. *Der Krieg, die Lust, der Frieden, die Macht*. Reinbek 1992.

»Osnabrücker Memorandum 1992«. Mohssen Massarrat u.a. (Hg.), *Die Dritte Welt und Wir*, 497–505.

Peace Education Commission (Hg.). *Peace, Environment and Education* 4 (1993).

Ada Pellert. *Vernetzung und Widerspruch. Zur Neuorganisation von Wissenschaft*. München, Wien 1991.

Hans-Gert Pöttering. »Konsumenten oder Gestalter des Friedens? Der Beitrag der Kommunen zur Förderung des Friedens in Europa«. Manfred Spieker (Hg.). *Friedenssicherung*. Bd. 2 der *Osnabrücker Friedensgespräche*. Münster 1988, 167–176.

Frank-Olaf Radtke. »Die Konstruktion des Fremden im Diskurs des Multikulturalismus«. Asit Datta (Hg.). *Die neuen Mauern. Krisen der Nord-Süd-Beziehung*. Wuppertal 1993, 47–60.

Christiane Rajewsky. »Möglichkeiten und Ansatzpunkte friedensorientierter Kommunalpolitik«. *Rundbrief des Vereins für Friedenspädagogik Tübingen*, 4 (1985), 2–10.

Christiane Rajewsky. »Friedensforschung – eine unbequeme Wissenschaft«. *Ringvorlesung Kölner Wissenschaftler: Fragen zu Frieden und Krieg*. Köln 1984, 55–81.

Ines Reich-Hilweg. »Friedensstadt«. *Kommunale Rechte im Militärraum*. Ahlheim 1990.

Harry Pross. *Zwänge. Essay über symbolische Gewalt*. Berlin 1981.

Roland Roth. »In und gegen Institutionen. Anmerkungen zur paradoxen Situation neuer sozialer Bewegungen«. Wolfgang Luthardt, Arno Waschkuhn (Hg.). *Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen*. Marburg 1988, 184–203.

Roland Roth, Helmut Wollmann. *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*. Opladen 1994.

Hans Saner. »Personale, strukturelle und symbolische Gewalt«. Ders. *Hoffnung und Gewalt. Zur Ferne des Friedens*. Basel 1982, 73–95.

Hans Saner. »Der innere Frieden und der Frieden der Welt«. Ders. *Identität und Widerstand. Fragen in einer verfallenden Demokratie*. Basel 1988, 63–78.

Hans Saner. »Die Symbolokratie als Herrschaftsform in einer Kultur des Verfließens und Vergessens«. Johan Galtung u.a. (Hg.). *Gewalt im Alltag und in der Weltpolitik*, 128–138.

Gregor Sauerwald, Wigbert Flock, Reinhold Hemker (Hg.). *Soziale Arbeit und Internationale Entwicklung*. Münster 1992.

Bernd Schmid. »Kriegsdenkmäler – Ein Ausstellungsprojekt«. *puzzle. Zeitschrift für Friedenspädagogik* 1 (1994), 8–12.

Peter Schmitt-Egner. »Friedensarbeit im Raum Saar-Lor-Lux«. Alfred Diwersg, Rainer Silkenbeumer (Hg.). *Kultur im Karrée: Kulturpolitik im Städteviereck Saarbrücken – Metz – Luxemburg – Trier*. Lebach 1989, 113–124.

Stadt Linz. »Friedenserklärung 1990«. *Dialog. Beiträge zur Friedensforschung* 20 (1991), 1/2, 301–305; »Friedenserklärung 1991«. *Dialog. Beiträge zur Friedensforschung* 21 (1992), 3/4, 346–350; »Friedenserklärung 1992«. *Dialog. Beiträge zur Friedensforschung* 24 (1993), 1/2, 215–221.

Stadt Schwerte (Hg.). *Impulse. Umfrageergebnisse zur kommunalen Friedensarbeit*. Schwerte 1988.

Stadt Schwerte (Hg.). *Frieden in der Stadt. Stadt – Kultur – Frieden*. Essen 1989.

Silvia Staub-Bernasconi. »Formen interkultureller Verständigungsarbeit«. *Neue Wege* 4 (1991), 103–111.

Reiner Steinweg, Arbeitsgruppe »Gewalt in der Stadt«. *Gewalt in der Stadt. Wahrnehmungen und Eingriffe. Das Grazer Modell* (Bd.1); *Stadt ohne Gewalt. Verringerung, Vermeidung, Vorbeugung. Die Grazer Vorschläge* (Bd.2). Münster 1994.

Jürgen Störk. »The Quest for a Social Peace Developing Process«. *European University Center for Peace Studies: Spectrum*. Bd. 6. Schlaining 1994, 3–44.

György Széll. »Umweltkonflikte als neue Dimension der Friedens- und Konfliktforschung«. *Universität Osnabrück Magazin*, Dezember 1992.

Christine von Weizsäcker, Elisabeth Bücking (Hg.). *Mit Wissen, Widerstand und Witz. Frauen für die Umwelt*. Freiburg, Basel, Wien 1992.

Ralf Zoll. *Kommunalpolitik und Machtstruktur*. München 1974.

Wichtige Adressen und Broschüren:

- MaterialDienstAsyl, Obere Holtener Straße 28, D-47167 Duisburg (10 Ausgaben, Jahresabonnement 50 DM).
- Verein für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Bachgasse 22, D-72070 Tübingen (Zahlreiche Broschüren, Materialien).